

A-Post Plus

Vita Nova
Underwriting
Postfach
3000 Bern 14

Datum: Wallisellen, 25. März 2025
Zuständig: Bernhard Weissgenau, Direktwahl 058 358 12 34
bernhard.weissgenau@frei-rechtschutz.ch

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 17.02.2025 in obiger Angelegenheit. Inzwischen haben wir die medizinischen Akten der involvierten Behandler erhalten und den Sachverhalt analysiert. Sie werfen Herrn Glauser vor, dass er die Frage Nr. 4 im Antrag vom 23.06.2023 zur Kranken-Zusatzversicherung mit Beginn am 01.08.2023 nicht vollständig bzw. nicht korrekt beantwortet und relevante, für die Risikoprüfung und den Vertragsabschluss unerlässliche, Tatsachen nicht korrekt wiedergegeben habe.

Gemäss Art. 4 Abs. 1 VVG hat der Antragsteller dem Versicherungsunternehmen anhand eines Fragebogens oder auf sonstiges Befragen alle für die Beurteilung der Gefahr erheblichen Tatsachen, soweit und so wie sie ihm bekannt sind oder bekannt sein müssen, mitzuteilen. Sowohl das Befragen als auch die Mitteilung haben schriftlich oder in einer anderen Form, die den Nachweis durch Text ermöglicht, zu erfolgen. Erheblich sind nach Art. 4 Abs. 2 VVG diejenigen Gefahrstatsachen, die geeignet sind, auf den Entschluss des Versicherers, den Vertrag überhaupt oder zu den vereinbarten Bedingungen abzuschliessen, einen Einfluss auszuüben.

Nach Art. 4 Abs. 3 VVG werden diejenigen Gefahrstatsachen, auf welche die Fragen des Versicherungsunternehmens in bestimmter, unzweideutiger Fassung gerichtet sind, als erheblich vermutet.

Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung sind Sinn und Tragweite der im Rahmen einer Gesundheitserklärung gestellten Fragen nach denselben Auslegungsgrundsätzen zu ermitteln, wie sie für Verträge gelten, somit normativ nach dem Grundsatz von Treu und Glauben (Vertrauensprinzip) sowie unter Berücksichtigung der speziell für den Versicherungsvertrag im Gesetz (Art. 4 Abs. 3 VVG) statuierten Erfordernisse der Bestimmtheit und Unzweideutigkeit der Fragenformulierung. Danach verletzt eine versicherte Person die Anzeigepflicht, wenn sie eine bestimmte und unzweideutig formulierte Frage zu den bei ihr bestehenden oder vorbestandenen gesundheitlichen Störungen verneint, denen sie nach der ihr zumutbaren Sorgfalt Krankheitscharakter beimessen müsste. Hingegen führte es zu weit, wenn der Aufnahmebewerber vereinzelt aufgetretene Unpässlichkeiten, die er in guten Treuen als belanglose, vorübergehende Beeinträchtigungen des körperlichen Wohlbefindens betrachten darf und bei der gebotenen Sorgfalt nicht als Erscheinungsformen eines ernsthafteren Leidens beurteilen muss, anzuzeigen verpflichtet wäre. Das Verschweigen derartiger geringfügiger Gesundheitsstörungen vermag keine Verletzung der Anzeigepflicht zu begründen (BGE-Urteil 90_527/2022 E. 2.2f. mit weiteren Hinweisen).

Sie machen geltend, dass Herr Glauser sich bezüglich seiner Darmbeschwerden schon lange in Behandlung befände und unter einem gestielten tubulären Adenom mit low-grade Epitheldysplasie leide. Tatsache ist, dass man bei Herrn Glauser gemäss den uns vorliegenden Akten im Jahre 2017 ein

tubuläres Adenom (eine gutartige Ausstülpung im Darm) festgestellt und entfernt wurde, weil bei Herrn Glauser damals (und nicht am 29.04.2023) vorübergehende Unterbauchschmerzen und Diarrhoen aufgetreten seien, die sich spontan wieder sistiert hätten. Da man Herrn Glauser riet, wieder eine Kontroll-Koloskopie durchzuführen, hat er diese gastroenterologische Abklärung mittels Gastroskopie vom 29.04.2023 machen lassen. Der Befund war jedoch unauffällig gemäss Beurteilung von Dr. Philipp Schreiber in seinem Nachtragsbericht vom 19.05.2023. Ein erneutes Adenom wurde nicht gefunden. Die Tatsache, dass Herr Glauser diese Kontrollkoloskopie bei Dr. Schreiber im April 2023 nicht im Versicherungsantrag vom 23.06.2023 aufgeführt hat, dürfte nach Treu und Glauben somit keinen wesentlichen Einfluss auf den Entschluss der Visana, die Krankenzusatzversicherungen per 01.08.2022 abzuschliessen gehabt haben.

Daher ersuchen wir Sie, die am 17.02.2025 ausgesprochene Kündigung wiedererwägungsweise zu prüfen und wieder rückgängig zu machen.

Zudem fordern Sie mit Schreiben "Zusammenzug" vom 25.02.2025 Herrn Glauser zur Rückerstattung der ausbezahlten Leistungen (CHF 15'000.00 aus Spital-Kapitalversicherung und CHF 3'500.00 an Spitaltaggeldern) im Gesamtbetrag CHF 18'500.00 auf. Gemäss Art. 6 Abs. 3 VVG erlischt die Leistungspflicht nach Auflösung durch Kündigung durch den Versicherungsnehmer für bereits eingetretene Schäden nur, soweit deren Eintritt oder Umfang durch die nicht oder unrichtig angezeigte erhebliche Gefahrstatsache beeinflusst worden ist (Kausalitätserfordernis zwischen unrichtig angezeigter Gefahrstatsache und leistungsauslösendem Ereignis). Gemäss dem Austrittsbericht des Spitals Schmidhof vom 23.12.2023 erfolgte die stationäre Behandlung von Herrn Glauser vom 15.12.2023 bis 22.12.2023 wegen eines leichten Schädelhirntraumas aufgrund einer notfallmässigen Selbstvorstellung bei Kopfschmerzen und Schwindel bei Status nach Sturz auf den Kopf wegen eines Fehltritts auf dem Eis (Unfallereignis) und nicht wegen Darmbeschwerden. Somit ist das Kausalitätserfordernis von Art. 6 Abs. 3 WG zwischen unrichtig angezeigter Gefahrstatsache und geltend gemachtem Schadenereignis (Spitalkapital und Spitaltaggeld aufgrund Spitalaufenthalt vom 15.12.2023) nicht erfüllt. Somit hat die Visana keinen Anspruch auf Rückerstattung des vorerwähnten Betrages und Herr Glauser muss somit diesen Betrag nicht zurückerstatten. Folglich bitten wir Sie, diese Forderung in Ihrer Buchhaltung entsprechend zu stornieren.

Für die wohlwollende Prüfung unseres Anliegens und die Entsprechung unserer Anträge danken wir Ihnen namens und im Auftrag von Herrn Glauser bestens und erwarten gerne Ihre baldige Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Frei Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG

Bernhard Weissgenau
lic. iur.

Kopie an: Mathias Glauser, 8500 Frauenfeld